

Otten (AfD): „Werden bald keinen Afghanen mehr abschieben können“



Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Gerold Otten, AfD-Bundestagsabgeordneter, stellvertretender Vorsitzender des Bundesfachausschuss Außen- und Sicherheitspolitik und Offizier der Reserve bei der Bundeswehr, hat einen tiefen Einblick in die Situation in Afghanistan. Im PI-NEWS-Interview (*oben*) berichtet er, dass die Bundeswehr dort von weiten Teilen der Bevölkerung als Feind angesehen wurde, da man als „Ungläubige“ eingestuft werde. Die Religion und das Clandenen hätten dort eine sehr große Bindungskraft, wogegen man kaum ankommen könne. Daher sei jeder militärische Einsatz dort eigentlich von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Diese Erfahrung hätten nach den Engländern und den Sowjets nun auch die Alliierten inklusive der Bundeswehr machen müssen. Nach ihrem Abzug hätten die Taliban jetzt freie Bahn. Dem „Allahu Akbar“ und dem hochgehaltenen Koran können und wollen vermutlich weite Teile der Regierungstruppen nichts mehr entgegensetzen, zumal die „Gotteskrieger“ auch nach Aussage von Gerold Otten dort einen breiten Zuspruch in der Bevölkerung hätten. Vielleicht nicht ganz so stark in manchen städtischen Milieus, in denen sich vor allem in den letzten 20 Jahren der westliche Einfluss schon auch bemerkbar gemacht habe. Aber vor allem in ländlichen Gebieten hätten die Taliban leichtes Spiel und würden mit offenen Armen empfangen.

Otten geht davon aus, dass die Taliban spätestens bis Ende des Jahres in Afghanistan die komplette Kontrolle übernommen haben. Das bedeutet für Deutschland gleich in mehrfacher Hinsicht großes Ungemach: Zum einen werden wir nach Prognose von Gerold Otten selbst straffällige Afghanen nicht mehr abschieben können, da wegen der Taliban-Herrschaft Afghanistan als unsicheres Land bewertet werden dürfte. Und die Flut der Asylbewerber wird zunehmen, und zwar nicht nur derjenigen, die aus Überzeugung vor der radikal-islamischen Herrschaft fliehen. Sondern auch derjenigen, die dies als willkommenen „Fluchtgrund“ missbrauchen, um ins Sozialhilfeparadies Deutschland einwandern zu können.

Da viele dieser Menschen in Afghanistan radikal-islamisch sozialisiert sind, was auch die laut PEW-Studie von 2013 dortige 99%-ige Zuspruchsrate für die Scharia beweist, dürften auf Deutschland eine Menge neuer Problemfälle zurollen. „Ehren“-Morde wie zuletzt in Berlin, wo zwei afghanische Brüder ihre modern eingestellte Schwester umbrachten, da die „Moralvorstellungen“ der geschiedenen zweifachen Mutter den beiden Moslems nicht passten, dürften weiter zunehmen. Hier greift die vom Propheten Mohammed vorgegebene Regel „Wer die Religion verlässt, den tötet“, was der Grund für viele der sogenannten „Ehren“-Morde ist. Wenn eine moslemische Frau den freien westlichen Lebensstil übernimmt, was ein schwerwiegender Verstoß gegen die Scharia-Regeln bedeutet, und sie eine fundamental islamisch eingestellte Familie um sich hat, wird es lebensgefährlich. Bei afghanischen Familien ist dies häufig der Fall.

Vergewaltigungen, an denen „Flüchtlinge“ laut BKA-Studie weit überproportional beteiligt sind, dürften ebenfalls zunehmen. Gruppenvergewaltigungen, von denen in unserem Land mittlerweile zwei pro Tag geschehen, werden laut BKA zur Hälfte von Tätern ohne deutsche Staatsangehörigkeit verübt. Laut BILD seien daran häufig „Flüchtlinge“ aus fundamental-islamischen Ländern wie Irak, Syrien und vor allem Afghanistan

beteiligt:

Besonders Afghanen sind – gemessen an ihrem geringen Bevölkerungsanteil – überproportional stark vertreten. 2018 waren 6 Prozent der Tatverdächtigen Afghanen. In der Gesamtbevölkerung machen sie aber nur 0,3 Prozent aus.

Auch in verübten und versuchten Terror-Anschlägen sind Moslems aus diesen Ländern, die unter dem „Asyl“-Vorwand in unser Land eindringen, häufig verwickelt. Und die Grünen wollen über ein Einwanderungsministerium das Hereinfluten aus diesen Regionen, die häufig islamisch geprägt sind, noch weiter intensivieren. So darf sich Karin Göring-Eckhardt weiter, wie schon seit 2015, freuen:

„Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“

Das Interview mit Gerald Otten nahmen wir am 25. Juli bei einer AfD-Veranstaltung in Unterschleißheim auf, bei der es um das Staatsverständnis des Islams und das Stoppen des radikalen Islams in unserem Land ging. Weitere Interviews hierzu mit dem AfD-Bundestagsabgeordneten Petr Bystron und dem Publizisten Michael Ley folgen in den nächsten Tagen.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN:HU70117753795954288500000000, BIC:OTPVHUHB. Oder bei Patreon.